LANDTAGSSCHAU

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

zum Teil unruhige Wochen und Tage liegen als Partei hinter uns. Die für die CDU mehr als unglücklichen Landtagswahlen im Süden der Republik, der Masken-Skandal, die anhaltende Corona-Müdigkeit in der Bevölkerung aber auch die teilweise große Diskrepanzen zwischen Ankündigungen und Resultaten beim Corona-Krisenmanagement haben einiges durcheinander gewirbelt. Gerne möchte ich Ihnen im Rahmen dieser Landtagsschau meine Einschätzungen hierzu darlegen. Aber auch Ihre Meinung zu diesem Thema interessiert mich. Für Rückmeldungen über Ihre Sicht der Dinge, wäre ich Ihnen daher sehr dankbar.

Wie gewohnt, möchte ich Ihnen in dieser Ausgabe wieder die wichtigsten Ergebnisse der letzten Bund-Länder-Konferenz vom 22. März kurz und knapp zusammenstellen.

Des Weiteren möchte ich Ihnen das neue Landesförderprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“, welches außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote in den Blick nimmt, vorstellen.

Falls Sie Fragen zu einzelnen Punkten haben, können Sie sich selbstverständlich gerne jederzeit an mich wenden!

Ihnen nun viel Freude beim Lesen!

„Anpacken statt Aufgeben“

Aktuelle politische Stimmungslage

Seit über einem Jahr erlebt unser Land, unsere Gesellschaft und auch jeder einzelne von uns eine historische Ausnahmesituation. Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung haben jeden Lebensbereich, vom Sport, der Arbeit, den Restaurant- und Kinobesuchen, den Kontakt zu Familien und Freunden, fest im Griff. Die damit verbundenen ständigen Diskussionen um zu wenig Impfstoff, zu wenige Tests, zu viel Bürokratie, zu enge Regeln, zu wenig Flexibilität zermürben die Menschen in unserem Land zunehmend. Was das politisch für uns als CDU bedeutet, konnten wir bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beobachten. Bei beiden Wahlen rutschte die CDU deutlich unter die 30-Prozent-Marke. Natürlich haben zu diesem Ergebnis auch andere Faktoren, wie zum Beispiel das nicht zu entschuldigende Verhalten einiger weniger CDU-Bundestagsabgeordneter bei der Beschaffung von Masken oder die starken Amtsinhaber in den Staatskanzleien in Mainz und Stuttgart, eine wichtige Rolle gespielt.

Klar ist aber, dass das momentan wenig positive Bild vom Corona-Krisenmanagement der Politik sich auf diese Wahlen ausgewirkt hat – und das vor allem zum Nachteil der CDU. Hierzu gehört sicherlich auch ein gewisses Maß an Selbstkritik: Ja, in den letzten Wochen ist nicht jede Maßnahme bis zu Ende gedacht worden. Ja, viele große Versprechungen waren in der Kürze der Zeit einfach nicht realistisch umsetzbar. Ja, einige Ideen und Konzepte sind teilweise schlecht kommuniziert worden. All das, und bestimmt noch einiges mehr, müssen wir gegenüber den Menschen in unserem Land eingestehen.

Fehler einzugestehen ist nie einfach, gerade in der Politik nicht. Ich habe daher den größten Respekt vor unserer Bundeskanzlerin, die in einer Sondersitzung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten die auch bei uns in der Landtagsfraktion umstrittene Osterruhe von Gründonnerstag bis Ostermontag zurückgenommen und sich bei den Menschen für die Unannehmlichkeiten entschuldigt hat. Das ist das beste Beispiel von wahrer Größe in der Politik!

Ganz anders verhalten sich zurzeit unsere politischen Mitbewerber. Diese versuchen mit dem Corona-Virus Wahlkampf zu machen. Ihnen geht es dabei nicht um die Sache, sondern darum, kleine politische Geländegewinne zu erzielen. Aus diesem Grund wird von ihnen beispielsweise auch immer wieder die Geschichte verbreitet, dass in NRW hunderttausende von Impfdosen nicht verimpft werden würden. Eine klare Falschaussage.

Laut Auskunft des NRW-Gesundheitsministerium vom 24. März beläuft sich der Impfstoffbestand im Auslieferungslager auf:

BioNTech
→ 549.354 Impfdosen
Moderna
→ 142.360 Impfdosen
AstraZeneca
→ 107.320 Impfdosen

Bei diesen Impfdosen handelt es sich um Impfdosen, die für bereits vereinbarte Termine oder Zweitimpfungen zur Verfügung stehen müssen. Es werden keine Impfdosen grundlos „auf Halde behalten“. Tagtäglich werden Impfdosen im Land verteilt, sodass es immer wieder vorkommt, dass eine bestimmte Menge an Impfdosen kurze Zeit im Landeslager verbleibt, bis diese abgerufen wird. Grundsätzlich werden vorhandene Impfstoffe aber zeitnah ausgeliefert. Bis zum Ende dieser Woche wird von dieser Reserve so gut wie nichts mehr übrig sein.

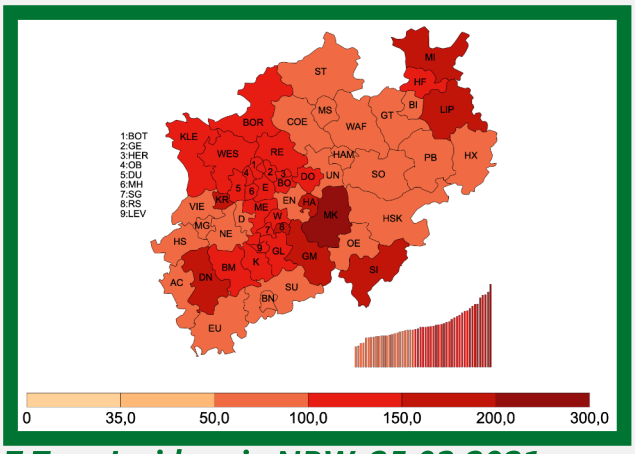
Wir als Union haben also jetzt die Aufgabe, wieder zu zeigen, dass wir die Partei sind, die Krise kann. Dafür müssen aber auch einmal unkonventionelle Wege gegangen oder über neue Möglichkeiten der Pandemiebekämpfung nachgedacht werden – was wir brauchen, ist ein spürbarer Strategiewechsel bei der Bewältigung dieser historischen Aufgabe.

Den allermeisten Menschen ist klar: Das Virus ist sehr gefährlich, die Mutation um ein Vielfaches mehr. Schutzmaßnahmen sind daher notwendiger denn je, auch um eine Überlastung des Gesundheitssystems in Deutschland zu vermeiden. Aber das Problem ist, dass es keine Alternativen mehr zum Shutdown zu geben scheint. Die Ministerpräsidentenkonferenz beschließt einen Lockdown nach dem anderen. Wir können das Land aber nicht dauerhaft abschließen. Wir brauchen einen Plan, wie das Leben mit der Pandemie gelingen kann. Denn auch nach dem 18. April wird es das Virus noch geben. Die Kanzlerin hat in der vergangenen Woche zu recht festgestellt, dass die sprichwörtliche deutsche Gründlichkeit um mehr deutsche Flexibilität ergänzt werden muss.

Diesen Ansatz verfolge ich seit geraumer Zeit bei meiner Arbeit in Düsseldorf. So habe ich mich zum Beispiel, wie ich Ihnen schon in der letzten Ausgabe meiner Landtagsschau berichtet habe, lange vehement für die Berücksichtigung regionaler Inzidenzwerte bei weiteren Öffnungsschritten stark gemacht. In Regionen, wo die Inzidenzwerte seit Tagen stabil niedrig sind, wie auch im Kreis Coesfeld, müssen die Menschen von weiteren Einschränkungen befreit werden können. Gleichzeitig muss natürlich dort, wo die Infektionszahlen wieder stark zunehmen, mit entsprechenden Maßnahmen gegengesteuert werden.

Ein solcher regional differenzierter Ansatz ist bei einem bundes- oder landesweiten uneinheitlichen Infektionsgeschehen für die Menschen eher nachzuvollziehen als ein pauschaler Lockdown. Gerade die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist in dieser Phase der Pandemie der Schlüssel, um das verlorene Vertrauen in das staatliche Handeln wieder zurück zu gewinnen.

Als weiteren Schritt setze ich mich zurzeit mit meinem Landtagskollegen Wilhelm Korth dafür ein, dass unser Kreis Coesfeld eine der in den Bund-Länder-Beschlüssen vorgesehenen Modellregionen wird. In solchen Regionen soll ausprobierten werden, wie sich Bereiche des öffentlichen Lebens mit strengen Schutzmaßnahmen und einem Testkonzept öffnen lassen. Mit einem der niedrigsten Inzidenzwerte in ganz NRW (51,7; Stand: 24. März), der geplanten Einführung der Luca-App sowie einem vollständig digitalisierten Gesundheitsamt ist der Kreis Coesfeld aus unserer Sicht hierfür bestens geeignet.



7 Tage Inzidenz in NRW, 25.03.2021

Darüber hinaus ist es nun nötig, dass wir die derzeitige nationalen Kraftanstrengung bei der Pandemiebekämpfung durch eine regionale Kraftanstrengung ergänzen und alle Kräfte unseres Gemeinwesens, die einen Beitrag dazu leisten können diese historische Krise zu meistern, mobilisieren. Das kann beispielsweise bei der Durchführung von Schnelltests an Schulen und in Kitas oder beim Impfen der Fall sein.

Ich bin mir sicher, dass wir als CDU auch diese schwierige Zeit mit ihren enormen Herausforderungen meistern und zukünftige Wahlen bestehen können, wenn wir jetzt noch einmal richtig Gas geben. Getreu dem Motto: „Erfolg ist das Resultat des Anpackens und nicht des Aufgebens!“

Aus der Heimat:

Es ist Teil einer landesweiten Modernisierungsreihe von der alle 47 Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Der hiesige CDU-Landtagsabgeordnete Dietmar Panske begrüßt als Mitglied des Innenausschusses die landesweiten Anschaffungen und ist von der Qualität des Brandermittlerwagens überzeugt. „Mit den neuen Streifenwagen, den Bodycams, den Smartphones und den neuen Einsatzfahrzeugen für die Brandermittler ermöglichen wir den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land eine starke Arbeitsgrundlage“, so Panske.

Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr pflichtet Dietmar Panske bei: „Für die vielfältigen Herausforderungen der Polizei sind in den vergangenen Jahren enorme Investitionen vom Land getätigt worden.“ Ein besonderes Detail der neuen Brandermittlerwagen ist die Aufteilung in zwei Bereiche. Ein Teil des Wagens ist für die Ausrüstung und am Brandort sichergestellte Spuren gedacht, die vermutlich kontaminiert sind. Zudem ist es möglich , das Fahrzeug als Büro und Raum für Einsatzbesprechungen zu nutzen.

Unter der Regie der „Zentralstelle Kriminaltechnik“ des LKA NRW waren vor allem dieSpezialisten für Brandermittlungen mehrerer Kreispolizeibehörden sowie die Sachverständigen des LKA NRW beteiligt. Denn das Fahrzeug und die Ausstattung sollte „von Ermittlern für Ermittler“ gestaltet werden.

Neues Fahrzeug für unsere Brandermittler

Foto: Land.NRW & Tagesschau

22.März 2021

Ergebnisse der Bund-Länder-Konferenz

Lockdown:

-Die bestehenden Beschlüsse bleiben gültig. Die Länder werden ihre Verordnungen anpassen und bis zum 18. April verlängern.

Notbremse:

-Bund und Länder haben sich darauf verständigt, die Anfang März vereinbarte „Notbremse“ konsequent anzuwenden.

-Sie soll greifen, wenn die 7-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner in einem Land oder einer Region an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 100 Neuinfektionen liegt. Dann gelten ab dem zweiten darauffolgenden Werktag wieder die Beschränkungen, die bis zum 7. März in Kraft waren.

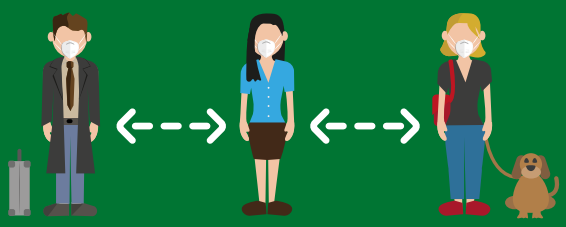
-Weitere Öffnungen soll es nur geben, wenn die 7-Tage-Inzidenz unter 100 und stabil ist oder sinkt.

Treffen:

-Es dürfen sich maximal fünf Personen aus zwei Haushalten treffen – Kinder bis 14 Jahren werden nicht mitgezählt.

-Paare gelten generell als ein Hausstand.

-In Regionen oder Ländern mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 100 dürfen sich dagegen nur ein Haushalt und eine weitere Person treffen - Kinder bis 14 Jahre werden hier wieder ausgenommen.



Schnell- und Selbsttest:

-So bald wie möglich sollen Beschäftigte in Schulen und Kitas sowie Schülerinnen und Schüler zwei Mal pro Woche getestet werden.

Öffnungen in Modellprojekten:

-In zeitlich befristeten Modellprojekten können die Länder in ausgewählten Regionen ausprobieren, wie sich Bereiche des öffentlichen Lebens mit strengen Schutzmaßnahmen und einem Testkonzept öffnen lassen.

Arbeitsplatz:

-Arbeitgeber sind dazu angehalten ihren Mitarbeitern weiterhin Homeoffice zu ermöglichen. Wo das nicht geht, sollen sie regelmäßige Tests anbieten - mindestens einmal und bei entsprechender Verfügbarkeit zwei Mal pro Woche.

-Anfang April wird überprüft werden, wie viele Unternehmen sich an diesen Maßnahmen beteiligen. Die Bundesregierung will dann mögliche schärfere Arbeitsschutzvorschriften prüfen.

Wirtschaftshilfen:

-Für Unternehmen, die besonders schwer und lange unter Schließungen leiden, sollen weitere Wirtschaftshilfen bereitgestellt werden.

Reisen:

-Bund und Länder appellieren eindringlich, auf nicht zwingend notwendige Reisen im In- und Ausland zu verzichten.
-Für Rückkehrer aus ausländischen Gebieten mit hohen Infektionszahlen oder mit einer starken Verbreitung von Virusvarianten gibt es schon eine Quarantänepflicht. Da insbesondere bei beliebten Urlaubszielen mit einer leichten Verbreitung von Covid-19-Varianten zu rechnen ist, erwarten Bund und Länder von allen Fluglinien konsequente Tests von Crews und Passagieren vor dem Rückflug und keine weitere Ausweitung der Flüge während der Osterferien.
-Die Bundesregierung will zudem einen Test vor dem Abflug für die Einreise nach Deutschland vorschreiben - dafür muss aber der Bundestag noch einer Änderung des Infektionsschutzgesetzes zustimmen.

Und sonst so im Landtag:

„DER PARTNER SOLL NICHT SEHEN, WENN MAN SICH HILFE SUCHT“

Häusliche Gewalt ist in Zeiten der Corona-Pandemie erneut in den Fokus gerückt. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP will Opfer noch besser schützen und deshalb das Opferschutzportal als sogenannte Tarn-App weiterentwickeln. Dazu haben die Fraktionen an diesem Dienstag einen Antrag beschlossen, der im nächsten Plenum eingebracht wird. Dazu erklärt unsere Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, Heike Troles:

HEIKE TROLES
Sprecherin für Frauen und Gleichstellung

Foto: CDU Fraktion NRW

„Die Dunkelfeldstudie der Landesregierung hat uns im vergangenen Jahr deutlich vor Augen geführt: Gewalt ist eine Erfahrung, die leider viele Menschen in unserem Land schon machen mussten – und die wenigsten suchen sich Hilfe. Unsere Sorge ist, dass die Scheu, sich zu offenbaren, in Zeiten der Pandemie und des Lockdowns noch größer wird. Denn die Kontrolle, die ein gewalttätiger Partner ausübt, wächst, wenn Menschen auf ihr häusliches Umfeld zurückgeworfen und in anderen sozialen Kontakten eingeschränkt sind.

Die Stärkung der Opferrechte und des Opferschutzes ist ein Kernanliegen der NRW-Koalition. Dabei müssen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen. Seit September 2020 hat Nordrhein-Westfalen mit dem Opferschutzportal eine niederschwellige digitale Anlaufstelle für Betroffene. Jetzt müssen wir aber auch sicherstellen, dass von Gewalt betroffene Menschen dieses Portal nutzen können. Deshalb wollen wir es als sogenannte Tarn-App weiter ausbauen. Mit diesem technischen Kniff ist die App auf Smartphones nicht ohne Weiteres erkennbar und das bedeutet: Niemand muss Angst haben, von seinem Partner oder seiner Partnerin beim Versuch, Hilfe zu finden, ertappt zu werden. Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um die guten Angebote unseres Opferhilfesystems in NRW auch dorthin zu bringen, wo sie dringend gebraucht werden.“

„Extra-Zeit zum Lernen“ Schülerinnen und Schüler in der Pandemie bestmöglich unterstützen

Die vergangenen Wochen des Lockdowns haben insbesondere die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien stark getroffen – Distanzunterricht, Home-Office und Betreuung haben Eltern und Kinder an ihre Leistungsgrenzen gebracht. Mit der Ausweitung des Wechselunterrichts auf alle Jahrgangsstufen in der letzten Woche ist daher ein wichtiger Schritt zu etwas mehr Normalität für unsere Kinder unternommen worden.

Schule ist schließlich mehr als nur ein Ort der klassischen Wissensvermittlung. Der fehlende persönliche Kontakt zu Gleichaltrigen, zu Lehrkräften, zu Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie dem gesamten Schulumfeld ist wichtig für die persönliche und individuelle Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. So warnt auch der Kinderschutzbund vor der Zunahme von körperlichen und seelischen Schäden bei den Jüngsten unserer Gesellschaft durch die Schließungen von Kitas und Schulen.

Gerade aus diesem Grund kann ich die anhaltende Forderung der NRW-SPD und einiger ihrer Oberbürgermeister nach Schul- und Kitaschließungen nicht nachvollziehen. Anstatt alles Mögliche dafür zu tun, dass diese geöffnet bleiben können, wird bei steigenden Infektionszahlen schon fast reflexhaft als erste Maßnahme deren Schließung gefordert. Dies darf und kann nach meiner Meinung aber nur der allerletzte Schritt sein.

Statt über die Schließung von Schulen und Kitas zu diskutieren, sollten wir lieber alle Hebel in Bewegung setzen, damit unsere Kinder und Jugendliche in der Krise nicht auf der Strecke bleiben.

Um die individuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unsere Schülerinnen und Schüler gezielt auszugleichen, hat die CDU-geführte Landesregierung nun das Förderprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ bis zu den Sommerferien 2022 verlängert. Akteure Planungssicherheit und die Möglichkeit, langfristige Konzepte für die Bearbeitung pandemiebedingter Lernlücken zu entwickeln. Für die Durchführung von außerschulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten stehen privaten und öffentlichen Bildungsträgern dafür knapp 36 Millionen Euro zur Verfügung.

Besonders freut es mich, dass auch die Erfahrungen und Rückmeldungen, unter anderem hier aus dem Wahlkreis, zu dem Förderprogramm aus dem letzten Jahr mit in die aktuelle Programmgestaltung eingeflossen sind. So können mögliche Angebote jetzt bewusst flexibel gestaltet werden, ganz nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler vor Ort – egal ob unter der Woche, am Wochenende oder in den Ferien. Da auch geeignete digitale Bildungs- und Betreuungsangebote gefördert werden können, werden diese wichtigen Unterstützungsangebote auch nicht an eventuell steigenden Inzidenzwerten scheitern.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie trotz aller momentanen Schwierigkeiten ein frohes Osterfest. Passen Sie auf sich auf und schützen Sie sich bitte bei privaten Treffen mit einer FFP2-Maske!
Das schützt Sie und Ihre Familie und trägt maßgeblich zur Eindämmung des Virus bei. Wir haben es auch weiter in der Hand, wie dieser Sommer aussehen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christian Lange

Foto: CDU / Christiane Lang